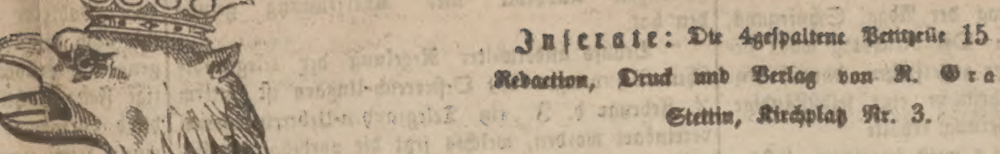
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.



Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 22. März 1879. Nr. 138.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den jetzigen so interessanten Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, unsere telegraphischen Depeschen sind so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin den orientalischen Angelegenheiten, eine ganz besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir werden ebenso für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur Zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Redaktion.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 21 März.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um $11^1/_2$ Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Staatsminister Hofmann.

Eingegangen ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Konsulargerichtsbarkeit.

Tagesordnung:

I. Interpellation der Abgg. Witte (Mecklenburg) und Dr. Stephani, die Betheiligung deutscher Industrie an den in Sidney und Melbourne in Australien projektirten Ausstellungen betreffend.

Staatsminister Hofmann erklärt, daß die Entschließung der verb. Regierungen über den vorliegenden Gegenstand von einigen weiteren Ermittelungen abhängig ist, die gegenwärtig noch schweben. Er könne die Interpellation heute nicht beantworten, auch nicht den Termin angeben, wann dies geschehen werde. Er werde sich deshalb mit dem Herrn Präsidenten über den Tag der Beantwortung verständigen.

Damit ist der Gegenstand vorläufig erledigt.

II. Antrag des Abg. Kayser betreffend die Aufhebung der gegen den Abg. Fritzsche bei dem Stadtgericht zu Berlin schwebenden Strafverfahren während der Dauer der Session.

Der Antrag wird nach kurzer Befürwortung durch den Antragsteller vom Hause angenommen.

III. Antrag der Abgg. v. Seydewitz, v. Helldorf, Bedra, Ackermann betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung.

Abg. Ackermann begründet den Antrag: Meine Herren! Für uns ist die Gewerbefreiheit nicht ein unantastbares Dogma in dem Sinne, daß wir es nicht wagen sollten, Aenderungen an der bestehenden Gesetzgebung vorzunehmen. Nach unserer Auffassung muß die Gewerbefreiheit von dem Grundsatze ausgehen, daß die Freiheit des Einzelnen nicht mit der Freiheit des Anderen und mit dem Wohle des Staates in Widerspruch tritt. Die Gewerbeordnung hat dieses Prinzip nicht überall zur Durchführung gebracht. Wo viel Freiheit ist, da ist auch viel Irrthum, wir dienen der Freiheit nicht, wenn wir den Irrthum nicht beseitigen. Wir stehen auch heute noch auf dem Boden der Gewerbefreiheit, aber neben vielen Segnungen hat sie auch zum Unsegen geführt. Wir halten es deshalb für unsere Pflicht, diejenigen Forderungen zur Geltung zu bringen, die wir für die richtigen halten. Redner erörtert nunmehr seinen längeren Antrag in eingehender Weise. Was das Theatergewerbe anlange, so habe man von der Bedürfnißfrage Abstand genommen, auch nicht Alles der Willkür der Landesbehörde überlassen wollen. Der Antrag verlange, daß die Ueberzeugung der Behörde sich stützen müsse auf vorhandene Thatsachen; er fordere, daß überall, wo Thatsachen vorliegen, die der Ertheilung der Konzession entgegenstehen, diese verweigert werde. Wir fordern Bildung des Herzens und des Geistes, weil wir glauben, daß, wo eine solche Bildung nicht vorhanden ist, die Garantie nicht gewährt werden könne, welche gefordert werden müsse für eine gedeihliche Leitung eines Theaterinstituts. Der zweite Punkt des Antrages beziehe sich auf das Schankgewerbe. Hier müsse die Bedürfnißfrage aufrecht erhalten werden. dem Ueberhandnehmen der Schankwirthschaften müsse in irgend einer Weise gesteuert werden; wenn auch der Antrag nicht angenommen werde in der vorliegenden Form, so enthalte er doch eine Anregung zum Guten. Die Vermehrung der Schankstätten habe in letzter Zeit solche Dimensionen angenommen, daß wohl für die nächsten 25 Jahre das Bedürfniß gedeckt sei. Zu Punkt drei: Gewerbe im Umherziehen und Waarenauktionen, verweist Redner auf die zahlreichen Petitionen, die eine Beseitigung dieser das stehende Gewerbe schwer schädigenden bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung fordern. Er kann nicht finden, daß ein wirthschaftliches Bedürfniß für diese Art des Gewerbes nicht vorliege; wer Auktionen machen wolle, könne die Gerichte umgehen. Der Gewerbebetrieb im Umherziehen müsse beschränkt werden. Den vierten Punkt des Antrages, Wiederbelebung der Innungen, befürwortet Redner dahin, daß diese wiederum das Hauptfundament des gewerblichen Lebens werden müßten. Den Innungen müsse wieder die Ueberwachung der Ausbildung der Lehrlinge anheimfallen, ebenso die [illegible] Gesellenwesen. Der Landesgesetzgebung müsse die weitere Regelung des Innungswesens im Uebrigen überlassen werden. Redner empfiehlt die Anträge zur Berücksichtigung, über die Art der Behandlung derselben wolle er sich nicht aussprechen. (Beifall rechts.)

Staatsminister Hofmann: Ohne auf die Materie selbst einzugehen, möchte ich dem hohen Hause hauptsächlich über die schwebenden Verhandlungen Mittheilung machen. Es handelt sich zunächst um die Frage, inwieweit die Bestimmungen über die Konzessionspflichtigkeit der Gewerbe einer Aenderung bedürfen. In dieser Beziehung hat bereits im vorigen Jahre dem Reichstage ein Gesetzentwurf vorgelegen. Derselbe ist inzwischen in seinen Motiven wesentlich vervollständigt worden und liegt zur Zeit dem Bundesrathe zur Beschlußfassung vor. Ich zweifle nicht, daß dieser so vervollständigte Gesetzentwurf noch in dieser Session dem Hause zugehen wird. Der zweite Gegenstand des Antrages bezieht sich auf die Wanderlager und die Waarenauktionen. Ueber diese Frage ist dem hohen Hause in der vorletzten Session eine Denkschrift mitgetheilt worden, die auch im Bundesrath zu einer eingehenden Erwägung dieser Frage geführt hat. Es liegt ein Bedürfniß ja unzweifelhaft vor, auf diesem Gebiete Aenderungen eintreten zu lassen, da die jetzigen Bestimmungen nicht ausreichen, um Auswüchsen des gewerblichen und kommerziellen Lebens entgegenzutreten. Die Möglichkeit, dies zu thun, liegt allein auf dem Gebiete der Gesetzgebung. Es wird diese Frage indeß zugleich mit der Frage wegen Revision der Gewerbeordnung bezüglich des Gewerbes im Umherziehen geregelt werden müssen. Es handelt sich namentlich auch darum, eine gleichmäßige Auffassung der Bundesregierungen über das richtige Verhältniß und die richtige Art dieses Gewerbebetriebes herzustellen. Es ist, nachdem der betreffende Ausschuß des Bundesraths sich mit dieser Frage beschäftigt hat, anzunehmen, daß der Bundesrath anerkennen wird, es handle sich bei den Wanderlagern um einen Gewerbebetrieb im Umherziehen, und daß sie den betreffenden Bestimmungen unterliegen, welche für diesen Gewerbebetrieb aufgestellt sind. Was ferner die Frage der Kommunalbesteuerung der Wanderlager anlangt, so geht die Ansicht der Regierung dahin, daß der § 38 des Freizügigkeitsgesetzes allerdings ausschließt, daß die neuen Ansiedler zu persönlichen Kommunallasten in den ersten drei Monaten dürfen herangezogen werden, daß aber der Gemeinde unbenommen ist, eine Steuer, welche auf dem Gewerbebetriebe ruht, auch von dem Inhaber der Wanderlager zu erheben, selbst wenn er nicht drei Monate am Orte wohnt. Auch hier wird also Abhülfe gewährt werden können. Eine Revision des ganzen Titels der Gewerbeordnung über Gewerbebetrieb im Umherziehen ist auch aus anderen Gründen wünschenswerth und es wird wahrscheinlich in der nächsten Session eine Vorlage hierüber dem Reichstage zugehen. Was endlich die Frage der Neubelebung der Innungen anlangt, so erinnere ich daran, daß der preußische Handelsminister in einem an die Regierungen gerichteten Erlaß den Versuch dazu gemacht hat. Auch die übrigen Regierungen sind davon benachrichtigt worden und um Aeußerungen angegangen, ob sich ein gemeinsames Vorgehen auf diesem Gebiete empfehle. Ich glaube sagen zu dürfen, daß nach dem Eindruck, welchen diese Aeußerungen hervorgerufen haben, es nicht in der Absicht der Mehrheit der Bundesregierungen zu liegen scheint, jetzt schon die Bestimmungen der Gewerbeordnung zu ändern, man scheint vielmehr abwarten zu wollen, ob der Versuch, den der preußische Handelsminister gemacht hat, zum Ziele führen wird oder nicht. Ob das der Fall sein wird, darüber kann man zweifelhaft sein, aber es scheint mir das Urtheil des Vorredners zu hart, wenn er von vornherein als zweifellos annahm, daß es dem ehrenwerthen Stande des Gewerbes an der nöthigen Fähigkeit fehlt, die nöthig ist, auf der Grundlage der jetzt bestehenden Bestimmungen das Innungswesen neu zu beleben. Ehe das Resultat dieser Versuche nicht bekannt ist, wird es sich kaum empfehlen, an den in dieser Beziehung bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung zu rütteln.

Abg. M. Wiggers: Obwohl einige Punkte des vorliegenden Antrages diskutirbar sind, müssen wir ihn doch ablehnen. Nicht durch Gesetze, sondern durch eigene Arbeit und Sparsamkeit muß der Gewerbestand sich wieder aufrichten. Der vorliegende [illegible] einen starken Angriff auf die Gewerbefreiheit und die Freizügigkeit. Ich freue mich daher, daß der Reichskanzleramts-Präsident sich heute ähnlich wie früher ausgesprochen hat. Da er eine Vorlage über den Ausschank von Branntwein noch für diese Session in Aussicht stellt, und eine Vorlage über Wanderlager noch im Werke ist, so brauchen wir uns hier nicht in einer Kommission den Kopf zerbrechen. Ich billige übrigens durchaus die Besteuerung der Wanderlager, auch durch eine Gemeindesteuer, die ich nach § 8 des Freizügigkeitsgesetzes nicht für unzulässig halte. Bezüglich der Theaterfrage freue ich mich, daß der Abg. Ackermann hier wenigstens die Bedürfnißfrage nicht erhebt. Aber er wünscht ein Examen über Geistes- und Herzensbildung, für das doch die Polizei nicht kompetent sein kann. Man muß, wie Paul Lindau im Hinblick auf Frankreich es in einem Artikel der „Gegenwart“ auseinandergesetzt hat, zwischen Theatergewerbefreiheit und Theaterfreiheit unterscheiden. Erstere besteht in Frankreich, letztere durchaus nicht, vielmehr sind nur gewisse Arten von Stücken in jedem Theater gestattet und eine besondere Censurbehörde prüft jedes einzelne Stück. Endlich soll nur den Mitgliedern der Innungen das Recht zustehen, Lehrlinge zur Ausbildung anzunehmen. Vor einem solchen Zwange muß ich warnen; er führt uns wieder zu dem alten Zunftwesen zurück. (Sehr wahr! links.) Wir schützen den kleinen und mittleren Gewerbestand am besten, indem wir ihn vor Vertheuerung seiner Nahrung, Wohnung, Kleidung, Feuerung und Licht bewahren; denn dieser Stand erhält für die höhere Verzollung kein Aequivalent.

Abg. Freiherr v. Hertling: Meine Partei (das Centrum) sympathisirt im Wesentlichen mit diesem Antrage und wird die einzelnen Vorschläge loyal prüfen. Gegenüber dem großen Unwesen, welches jetzt mit dem Theater getrieben wird, würde ich selbst die Kontrole durch untergeordnete Behörden zugestehen. Bezüglich des Antrages II. ist Sorge zu tragen, daß nicht der polizeilichen Chikane Thür und Thor geöffnet und die politische Mißfälligkeit oder Gefälligkeit des die Schankkonzession Nachsuchenden den Ausschlag giebt. Ich bin auch zu einer Revision der Gesetzgebung bereit, sofern sie nicht ausreicht, um die Wanderlager gerecht zu besteuern. Die Innungen wollen wir nicht künstlich schaffen, noch weniger die alten Zünfte rekonstruiren. Aber soweit es auf Grund der heutigen wirthschaftlichen Verhältnisse möglich, wollen wir die Innungen fördern. Dagegen bin ich nicht dafür, daß die Innungen das Monopol der Lehrlings-Ausbildung erhalten. Ich beantrage, den vorliegenden Antrag einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Lasker: Den berechtigten Klagen über die starke Vermehrung der Schankwirthschaften wird durch die Wiedereinführung der Bedürfnißprüfung sehr wahrscheinlich nicht Abhülfe geschafft werden. Viel wirksamer würde sein, wenn wir dazu kämen, diese Frage mit der Spiritusbesteuerung in Verbindung zu bringen und unter Freigabe des industriellen Spiritus eine hohe Getränkesteuer einzuführen. Dadurch wird die Bedürfnißfrage jedem einzelnen Gewerbetreibenden anheimgegeben. Aber ich will diese wichtige Frage nicht auf eine so weite Zukunft verschieben und etwaige anderweite Abhülfe dadurch verzögern. Ich wünsche deshalb, daß diese sehr wichtige Frage der Kommission zur Erwägung überwiesen werde, welche gleichfalls die Regierungsvorlage zu prüfen haben wird. In Bezug auf die Wanderlager bringt der konservative Antrag eine sehr dankenswerthe, die Gewerbefreiheit gegen den jetzigen Zustand schützende Bestimmung. Unzweifelhaft beschränkt die Gewerbeordnung die staatliche und kommunale Besteuerung der Wanderlager in keiner Weise. Thatsächlich ist von diesem Rechte in einzelnen deutschen Staaten in einer Weise Gebrauch gemacht worden, daß es mit der förmlichen Unterdrückung der Wanderlager in Umgehung des Gesetzes fast gleichbedeutend ist. Die Frage der Auktionatoren und Theater ist unwesentlich. Seitdem die gerichtliche Praxis gewisse Praktiken der Auktionen unter den Betrugs-Paragraphen des Strafgesetzbuches subsumirt hat, kann eine wirksame Polizei allem Unfug derselben vorbeugen. Ob das Gericht die äußeren Kenntnisse eines Theaterunternehmers, wie Lesen, Schreiben 2c. prüfen soll, ist durchaus unerheblich. Den Bildungsgrad eines Menschen aber nachzuweisen, ist ungemein schwer. Indessen diese Anträge sind blos Präludien, das Wichtigste ist der Antrag auf die Stärkung des Innungswesens. Wäre bei dem Handwerkerstande wirklich so wenig Energie vorhanden, wie der Abg. Ackermann meint, so würde höchstens der Innungszwang helfen können, der in den Anträgen übrigens nur umschrieben ist. In einem Punkte stimme ich dem Abg. v. Hertling bei: Niemals wird man mit den Gesetzen Menschen, die träge sind und nicht in sich selbst die Kraft haben, um neue Organisationen zu Stande zu bringen, zu solchen bewegen. Diese Trägheit beherrscht aber den deutschen Handwerkerstand keineswegs. Ich bin gern bereit zu der gesetzlichen Bestimmung, daß die Innungen je nach dem Grade ihrer Entwickelung, sowohl bei der Aufsicht über das Lehrlingswesen, als bei der Aufstellung von Schiedsgerichten verhältnißmäßig betheiligt werden sollen. Auch wir wollen im Handwerk lebendige Korporationen hervorrufen und unterstützen, wo das Leben im Volke vorhanden ist, und in dieser Voraussetzung haben wir die Gewerbeordnung gegeben, welche schon die Handhabe enthält, diese Bildungen wenigstens zu versuchen, was allerdings vielen Handwerkern unbekannt ist. Ich bin trotzdem nicht abgeneigt, zu diesem Theile den Antrag an eine Kommission zu verweisen, um in ihr zu untersuchen, was aus ihm ausgeschieden werden muß. Sodann wünsche ich, daß dieselbe Kommission an der Hand der Gewerbeordnung erwäge, was, wenn man den Innungszwang nicht haben will, etwa noch zur Ergänzung der Gewerbeordnung nothwendig sei oder ob dieselbe ausreiche. (Beifall.)

Abg. Günther (Sachsen): Die bereits von verschiedenen Seiten gestellten ähnlichen Anträge beweisen, daß ebenso wenig wie auf politischem auf gewerblichem Gebiete der vollständige Freihandel und die völlige Konkurrenzfreiheit sich bewährt haben. Wir wollen nicht Institute vergangener Jahrhunderte beleben, auch nicht Polizeiwillkür konstituiren, wir wollen aber eine Konsolidation der gewerblichen Verhältnisse unter Mitwirkung des Staates. Von diesem Standpunkte begrüßen wir die Anträge mit Sympathie.

Abg. Bauer (Hamburg): Es ist jetzt allgemein anerkannt, daß die Gewerbeordnung von innen heraus revidirt werden muß. Schon bei der Berathung der Gewerbeordnung wandten sich zahlreiche Petitionen aus Handwerkerkreisen gegen die absolute Konkurrenzfreiheit und ihre Kassandrarufe haben sich bestätigt. Ich will keinen Innungszwang und kein Arbeitsmonopol, aber ich erblicke in den Innungen einen Weg, neben der Freizügigkeit auch das Heimathsrecht wieder zu entwickeln. In der Kommission wird es uns sicherlich gelingen, auf Grund dieser Anträge etwas Nützliches für die Gewerbetreibenden zu schaffen.

Die Diskussion wird geschlossen und nachdem als Antragsteller Abg. v. Helldorff nochmals

die Anträge befürwortet, werden dieselben an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt der Antrag der Abgg. Schneegans, North, Rack und Lorette: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Elsaß-Lothringen eine selbstständige, im Lande befindliche Regierung erhalte

Abg. Schneegans weist in einem einstündigen Vortrage nach, daß der gegenwärtige Zustand in der Verwaltung der Reichslande unmöglich fortbestehen könne. Kein deutscher Staat würde es ertragen, daß die zentrale Substanz seiner Regierung sich außerhalb seiner Grenzen befindet. Neben der Kollision alter französischer und neuer Reichsgesetzgebung, welche in Straffällen doppelte Schläge austheilen, noch die Fehlgriffe der höheren Beamten. Ein höherer Staatsbeamter sagte: „Sympathien? Brauchen wir überhaupt nicht, sondern Gehorsam!" Wir sind, fährt Redner fort, zwar Deutsche geworden, erfüllen auch die Pflichten, die allen Deutschen obliegen, sind aber Deutsche zweiter Klasse, wie etliche sagen, sogar Preußen dritter Klasse. Machen Sie aus uns Deutsche erster Klasse, d. h. mit den Anderen gleichgestellte, gleichberechtigte!" Als Endziel stellt der Redner auf: 1) Die Einsetzung einer selbstständigen in Straßburg residirenden, mit Vollmachten ausgerüsteten und im Namen Sr. Majestät des Kaisers die oberste Leitung der Geschäfte mit verantwortlichen Ministern führenden Regierung; 2) die Einberufung eines elsaß-lothringischen Landtages mit den Rechten aller anderen deutschen Landes-Vertretungen; 3) die Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrath. Ein Minus, für den Redner das Minimum, würde sein der Fortbestand des Landesausschusses mit erweiterten Befugnissen und Vermehrung der Zahl seiner Mitglieder, ferner eine konsultative Vertretung im Bundesrath; von der Verlegung der Regierung nach Straßburg ist unter keinen Umständen abzugehen. Die Reichslande sollen nicht eine Scheidewand zwischen Deutschland und Frankreich sein, sondern eine Brücke, auf welcher sich die beiden Völker und Kulturen die Hand zur Versöhnung und zum gemeinsamen Wirken reichen.

Reichskanzler Fürst Bismarck: Die Entwickelungen des Redners haben mich ziemlich angenehm berührt; das wäre noch in höherem Grade geschehen, wenn er nicht mit einem Appell nach Frankreich hin geschlossen und den Versuch gemacht hätte, Elsaß-Lothringen als ein neutrales Land hinzustellen. Ich stehe nicht mehr wie im Jahre 1871 auf dem Standpunkt der Begeisterung für die Autonomie von Elsaß-Lothringen. Diese Begeisterung ist geschwunden schon bei den ersten Wahlen und dann durch die Reden und Proteste der geistlichen Herren. Den Geist der Milde und der Versöhnung habe ich bei den geistlichen Vertretern nicht gefunden. Es scheint fraglich, ob eine Autonomie sich mit der Sicherheit des Landes verträgt. Das Maß, was wir an Autonomie geben können, kann verschieden sein, aber das Prinzip dabei ist die militärische Sicherheit des Landes. Es ist jedenfalls richtig, daß der Sitz der Regierung in Berlin dem Lande nicht bequem und daß solches dualistisches Verhältniß nicht ohne Schaden ist. Meine Stellung ist sehr schwierig diesen Verhältnissen gegenüber. Ich soll die Verantwortung übernehmen für Dinge, die mir fern liegen. (Redner bittet um Nachsicht wegen seiner Mattigkeit.) Es ist keine Frage, daß sich Elsaß-Lothringen schneller konsolidiren würde unter autonomer Verwaltung; aber ich kenne den Standpunkt der verbündeten Regierungen noch nicht. Eine Verlegung der Regierung nach Straßburg ist meinen Wünschen genehm und auch theilweise wohl ausführbar durch kaiserliche Verordnung. Der Wunsch des Kaisers ist es, den Reichskanzler nicht ausgeschlossen zu sehen von der Regierung des Landes. Die Lösung der Frage ist wünschenswerth, aber die Ausführung ist schwierig. Unser Wille ist unverändert, dem Lande eine freiere Lage zu verschaffen. (Bravo.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr.

Tagesordnung: Etatsberathung.

Schluß 4³/₄ Uhr.

Deutschland.

** Berlin, 21. März. Das hiesige „Tageblatt" bringt eine sensationelle Nachricht über einen bevorstehenden Urlaub des französischen Botschafters zu Berlin, St. Vallier, und über die Ursachen desselben. Ich bin in den Stand gesetzt, zu erklären, daß die ganze Mittheilung Satz vor Satz unwahr ist und daß nicht etwa nur die Auffassung, sondern auch die einzelnen Angaben aller thatsächlichen Unterlage entbehren. Was zunächst die angebliche Thatsache betrifft, daß Graf St. Vallier seit der Rückkehr des Fürsten Bismarck aus Friedrichsruhe mit demselben nicht zusammengetroffen sei und deß Anfragen wegen einer Unterredung ausweichend beantwortet worden, so steht im Gegentheil fest, daß wiederholte Begegnungen stattgefunden haben. Erst am Donnerstag dieser Woche hat Graf St. Vallier bei dem Fürsten Bismarck im engsten Kreise gespeist. Was aber die amtlichen Beziehungen betrifft, so ist von Meinungs-Verschiedenheiten, die eine Erkaltung der Beziehungen zur Folge gehabt haben könnten, nicht das Mindeste bekannt. Richtig ist, daß Graf St. Vallier von vornherein persona grata am kaiserlichen Hofe und nicht minder beim Reichskanzler gewesen, aber ebenso gewiß ist, daß er dies im vollsten Maße noch heute ist. Der Botschafter hat sich von Anfang an in jeder Beziehung als den berufensten Vertreter der besonnenen und wohlwollenden Politik bewährt, welche der Minister Waddington seit seinem Amtsantritt und der Präsident Grevy seit seiner Wahl zum Staatsoberhaupte eingeschlagen haben, einer Politik, welche bei mehr als einem Meinungs-Austausch zwischen beiden Regierungen Ausdruck und Anerkennung gefunden hat.

Behufs anderweiter Regelung der telegraphischen Beziehungen mit Oesterreich-Ungarn ist unterm 2. Februar d. J. ein Telegraphen-Uebereinkommen vereinbart worden, welches jetzt die vorbehaltene Genehmigung erhalten hat. Dasselbe beruht auf der Einführung einer Einheitstaxe unter Beseitigung der Taxstufen, auf der Einführung des Worttarifs und auf Beseitigung der Abrechnung. Auch dieses Uebereinkommen tritt am 1. April in Kraft.

In der zweiten Hälfte dieses Monats werden noch 34 Telegraphenanstalten, darunter 20 mit Fernsprechern, errichtet werden.

Berlin, 21. März. Prinz Karl hat, wie die „N. Pr. Ztg." hört, ebenso wie gestern, eine gute Nacht gehabt. Das allgemeine Befinden ist in der Besserung; nur in Folge des angestrengten Hustens ist noch einige Mattigkeit vorhanden. — Die heutigen Bulletins lauten:

21. März Morgens. Besserbefinden nach einer durch Husten weniger gestörten Nacht. Allein wegen der Mattigkeit noch Bedürfniß der Schonung.

Dr. Valentini.

21. März Mittags. Die Besserung Sr. königlichen Hoheit schreitet in der erfreulichsten Weise fort.

Dr. v. Lauer. Dr. Valentini.

— Der heutige dreiundachtzigste Geburtstag des Kaisers ist von besonders hoher Bedeutung für das deutsche Volk und er dürfte auch mit einer Freude begangen werden, wie selten jemals vorher. Schwebte doch in dem verflossenen zweiundachtzigsten Jahre das Leben des, ohne Unterschied der Parteien, in allen Schichten des Volkes so enthusiastisch verehrten Monarchen zweimal in tödtlicher Gefahr und schien es lange zweifelhaft, ob das Leben durch die Kunst der Aerzte erhalten werden könnte. Doch die schweren Stunden gingen glücklich vorüber und die erstaunliche Kraft, mit welcher der zweiundachtzigjährige Kaiser seine Leiden überstand, ward zu einer verläßlichen Garantie für seine künftige Gesundheit. Man bemerkte dabei mit freudiger Verwunderung, welch' außerordentliche Widerstandsfähigkeit er noch besitze, selbst Krankheiten gegenüber, die das Leben jüngerer Leute in Gefahr gebracht hätten. Nach diesen abnormen Proben von unverwüstlicher Rüstigkeit ist die Hoffnung, daß der Kaiser den heutigen Tag noch oftmals feiern werde, wohl eine sehr begründete. Und sie wird durch den Umstand, daß eine größere Gratulationscour, wie solche sonst in früheren Jahren stattzufinden pflegte, auf Anrathen der Aerzte diesmal unterbleibt, nicht im Geringsten eingeschränkt.

Der Empfang von zahllosen Glückwünschenden ist psychisch zwar eine Erquickung, aber physisch eine Beschwerde, die ohne besonders dringliche Veranlassung eigentlich stets vermieden werden sollte. Eine Geburtstagsfeier, die mit vollständiger körperlicher Abspannung endet, bleibt immer nur ein mäßiges Vergnügen. Und in einem gewissen Alter hören die aus Achtung vor der Tradition und aus persönlicher Liebenswürdigkeit selbst auferlegten Pflichten der Etiquette eines Herrschers naturgemäß auf; er braucht nicht erst bis zu dem Tage zu warten, bis die Kräfte den Strapazen der Gratulationen nicht mehr gewachsen sind. Graf Moltke wußte, warum er an seinem 60jährigen Dienstjubiläum die Flucht ergriff, trotzdem er doch durch seine Zähigkeit und Unermüdlichkeit unter den Mitgliedern des Parlaments hervorragt. Die Aerzte haben sehr weise gehandelt, daß sie, obwohl keine besonders zwingende Veranlassung hierzu vorlag, den Kaiser verhinderten, sich den Unbequemlichkeiten einer Gratulationscour in großem Style zu unterziehen. Das ganze Volk wird dies auch sicherlich in richtiger Weise auffassen und darin nicht etwa irgend ein beunruhigendes Symptom sehen, sondern sich voll der Freude hingeben, daß der geliebte Kaiser rüstig und gesund seinen 83. Geburtstag erlebt hat.

Ausland.

Paris, 20. März. Auf die Initiative der Pariser Handelskammer fand heute eine Berathung von 22 freihändlerischen Handelskammern statt, welche beschlossen, eine Deputation an den Präsidenten der Republik und an den Handelsminister abzusenden und zugleich im ganzen Lande Lokalkomités zu gründen, um einer mehr Terrain gewinnenden schutzzöllnerischen Agitation entgegenzutreten.

Die Delegirten derjenigen Handelskammern, welche Anhänger des Freihandelssystems und für die Aufrechterhaltung der Handelsverträge sind, hielten heute eine Versammlung ab, in welcher der Entwurf zu einer Adresse angenommen wurde, welche morgen dem Ministerpräsidenten Waddington und dem Handelsminister Tirard übergeben werden soll. Die beiden hauptsächlichsten Resolutionen, welche in der Sitzung votirt wurden, sind die Aufrechterhaltung der Handelsverträge und die provisorische Aufrechterhaltung der Zölle, welche gegenwärtig in den Konventionaltarifen vorhanden sind.

Provinzielles.

Stettin, 22. März. Wohl noch nie bot der Geburtstag Sr. Majestät unseres Kaisers und Königs so viel Grund zu einer ernsthaften Freuden- und Dankesfeier, als in diesem Jahre, denn zweimal wurde das Leben unseres erhabenen Monarchen im verflossenen Jahre von Bubenhand bedroht, zweimal blieb dasselbe durch die Gnade des Allmächtigen dem Vaterlande erhalten. Ebenso wie sich bei der Genesung Sr. Majestät im ganzen Lande Freude und Jubel kundgab, ebenso dringt heute der Wunsch aus Aller Herzen: Möge unser greiser Heldenkaiser in diesem Jahre vor allen Schicksalsschlägen bewahrt bleiben, möge ihm der allmächtige Gott Gesundheit schenken, daß er das Scepter noch recht lange führe zum Segen des Vaterlandes und zum Wohl der Bürger. Diese Stimmung macht sich auch im ganzen Lande geltend, aus allen Gegenden wir über große Vorbereitungen für die heutige Feier erichtet und auch unser Pommernland blieb darin nicht zurück, das zeigt heute die Stimmung seiner Hauptstadt Stettin. Nicht nur sämmtliche Dienst-, sondern auch sehr viele Privat-Gebäude, sowie die Schiffe im Hafen prangen im reichsten Flaggenschmuck, einzelne Geschäftsleute haben die Schaufenster auf das Geschmackvollste mit Blumen und der Büste Sr. Majestät dekorirt und zahlreich wohnte die Bevölkerung, durch die Witterung begünstigt der militärischen Feier bei. Nachdem gestern Abend zur Vorfeier ein großer Zapfenstreich stattgefunden, erklang heute Morgen von der Jakobikirche eine Choral-Melodie und um 7 Uhr spielten die Militär-Kapellen vor der Statue Friedrichs des Großen, vor der Kommandantur und vor der Hauptwache Choralmelodien und die National-Hymne. Für die Truppen der Garnison fand um 9 Uhr, für Civil um 10 Uhr Festgottesdienst statt, auch wurde in sämmtlichen Schulen eine patriotische Feier, bestehend in Gesang, Deklamation und Festrede, veranstaltet.

Um 11 Uhr nahm die gesammte Garnison auf dem Paradeplatz Aufstellung zur Parade, welche vom kommandirenden General abgenommen wurde. Nach einer kernigen Ansprache brachte derselbe ein dreimaliges Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König aus, in welches die Truppen und das sehr zahlreich anwesende Publikum mit Begeisterung einstimmten, während vom Fort Wilhelm die üblichen Kanonenschüsse erschallten. — Die Spitzen der Behörden sowie viele Vereine, veranstalten heute Nachmittag resp. Abend Festlichkeiten, während die einzelnen Truppentheile in verschiedenen Lokalen bewirthet werden, wobei durch die Mannschaften größtentheils Theaterstücke und patriotische Scenen zur Aufführung gelangen.

— Der Minister der geistlichen rc. Angelegenheiten hat dem Dr. Anton Dohrn aus Stettin, jetzt in Neapel, Vorstand der dortigen zoologischen Station, das Prädikat als Professor verliehen.

— Dem Fischkieper Medenwald zu Wollin ist das Allgemeine Ehrenzeichen und dem Gärtner Knaack zu Treviow a. R. das Verdienstzeichen für Rettung aus Gefahr verliehen.

— Den königl. Fischkiepern ist der Titel „Fischmeister" verliehen worden.

— Der Rechtskandidat Otto Haken ist als Referendar im hiesigen Appellationsgerichtsbezirk angestellt.

— Bei der hiesigen Regierung ist der Civil-Supernumerarius Bierotte als Regierungs-Sekretariats-Assistent angestellt.

— In die durch den Tod des Garnison-Bau-Inspektors Held vakant gewordene Garnison-Bau-Beamtenstelle hierselbst ist der Garnison-Bau-Inspektor Goedeking, bisher in Berlin, versetzt.

— An dem Gymnasium zu Stralsund ist die Anstellung des Schulamtskandidaten Karl Sander und an der Realschule zu Stralsund die Anstellung des bisherigen Lehrers an der höheren Bürgerschule in Nauen, Dr. Jacob Engel, als ordentliche Lehrer genehmigt.

— Der auf den 25. Februar angesetzte Krammarkt in Garz a. O., der wegen der in den Regierungs-Bezirken Potsdam und Frankfurt ausgebrochenen, nunmehr wieder erloschenen Rinderpest, an jenem Tage nicht hat stattfinden können, ist mit Genehmigung des Provinzialraths für dieses Jahr auf den 25. März verlegt.

— 100 Mark Belohnung hat der Provinzial-Ausschuß von Pommern für die Ermittelung des Brandstifters ausgesetzt, welcher das in der Nacht zum 27. September 1878 zu Hütten, Kreis Ueckermünde, abgebrannte Siewert-Pflugradt'sche Wohnhaus in Brand gesteckt hat. Wer über den Brandstifter Auskunft geben kann, wird ersucht, dem Herrn Staatsanwalt in Anclam davon Mittheilung zu machen.

— Der Verein ehemaliger Greifswalder Jäger erläßt einen Aufruf an alle die Kameraden, welche dem pomm. Jägerbataillon Nr. 2 angehört haben, zum Zusammentritt zur Bildung eines allgemeinen Vereins früherer Jäger zum Zweck geselliger Zusammenkünfte. Anmeldungen sind an Herrn Albert Mittschalk in Cöslin zu richten, der darüber nähere Auskunft ertheilt.

— Der Finanzminister hat in Bezug auf die beschädigten und unbrauchbar gewordenen Reichskassenscheine und Banknoten die vom Bundesrath erlassenen Bestimmungen näher präzisirt. Danach sollen sämmtliche Reichs- und Landeskassen die in Zahlung genommenen Scheine dieser Art nehmen, aber nicht wieder ausgeben, wenn deren Umlaufsfähigkeit nicht zweifellos ist. Als Sammelstellen werden bezeichnet: die Reichs-Haupt-, die Ober-Post-, die General-Staats- und die Regierungs-Haupt-Kassen, welche den Austausch der bezüglichen Papiere zu besorgen haben. Anträge auf Ersatz für Reichskassenscheine von zweifelhafter Umlaufsfähigkeit sind an die Reichsschulden-Verwaltung zu richten.

— Der Post-Dampfer „Titania" ist am vergangenen Donnerstag mit 22 Passagieren von Kopenhagen in Stettin eingetroffen und heute mit 20 Passagieren von hier nach Kopenhagen wieder abgegangen.

Swinemünde, 21. März. Wie wir hören, wird Mitte Juni d. J. durch den Usedomer landwirthschaftlichen Verein, einem Zweigverein des baltischen Centralvereins zur Beförderung der Landwirthschaft, in Usedom eine größere landwirthschaftliche Ausstellung für Pferde und Rindvieh abgehalten werden, wobei aus Staatsmitteln außer Ehrenpreisen und Medaillen circa 2000 Mark vertheilt werden. Es ist im Interesse der Landwirthschaft nur zu beglückwünschen, daß dieser vor wenigen Jahren erst begründete Verein einen so erfreulichen Aufschwung genommen hat und wird der Segen dieser Vereinigung gewiß für die landwirthschaftlichen Kreise unserer heimathlichen Insel nicht ausbleiben, da die Landleute eingesehen haben, daß sie durch ein engeres Zusammenhalten ihre Kenntnisse bereichern und ihnen manche Vortheile zu Theil werden, die der Einzelne sich nicht schaffen konnte.

Tribsees, 20. März. Ende Mai d. Js. wird hier auf Veranlassung des Tribseer landwirthlichen Vereins eine Thierschau, die mit einer Gewerbe-Ausstellung verbunden sein wird, stattfinden. Es steht zu erwarten, daß die Betheiligung der Handwerker an der letzteren eine äußerst rege sein wird, da für 2000 Mark Sachen angekauft und ausgeloost werden sollen.

Vermischtes.

— In der verflossenen rauhen Märznacht gab es Unter den Linden, dem Palais des Kaisers gegenüber, ein reges, geheimnißvolles Leben. Es galt das Denkmal des großen Friedrich zum Geburtstag des Kaisers zu schmücken. Im Dunkel der Nacht ließ der Geheime Kommerzienrath Gerson v. Bleichröder unter direkter Oberleitung erster Kräfte seines Hauses den Raum um das Monument in einen Blumengarten verwandeln. Rings um das Gitter wurden 14 mächtige Lorbeerbäume postirt und die Stufen des Denkmals wurden in eine Blumenterrasse verwandelt. Eine starke Polizeimannschaft hielt die Neugierigen — die sich übrigens zu dieser Stunde spärlich genug einstellten — fern.

Literarisches.

Für einen Tanz 1 Mark bis 1,50 Mark zu zahlen, ist gewiß den meisten Klavierspielern zu theuer; da erscheint jetzt im Verlage von Reinhold Papst in Delitzsch eine hübsche Sammlung von Tänzen und Märschen (in franz. Form), welche durch ihre Billigkeit gewiß jedem Klavierspieler willkommen sein werden, zumal dieselben nicht so schwer zu spielen und dabei sehr melodiös sind.

Bis jetzt ist erschienen: Hoffnungsstrahlen-Walzer, Emilien-Rheinländer, Martha-Polka von W. Ehrich; Dorotheen-Walzer, Chinesen-Polka, Komm zu mir, mein Schatz (Rheinländer) von P. Eiche; Frühlingswalzer von F. Klepzig, jedes nur 40 Pf.; ferner ein Marsch nach op. 285 für Männer-Chor (Immer raus) von C. Kuntze, 75 Pf. Dieselben sind durch alle Buch- und Musikalienhandlungen zu beziehen.

Das Krieger-Vereins-Wesen ist eine Zeiterscheinung, welche das Interesse an derselben in den weitesten Kreisen wachruft. Wer sich über dasselbe unterrichten will, findet das vollständige Material dazu in der „Parole", der amtlichen Zeitung des deutschen Kriegerbundes. Besonders interessant sind die Schilderungen aus dem deutschen Volksleben aus der Feder von Krieger-Vereins-Mitgliedern in allen Gauen des großen deutschen Vaterlandes. So sind bisher u. A. erschienen: Schöfellopen in Ostfriesland — Karneval in der Saargegend — Kaffeekochen in Berlin — Wettklootschießen in Ostfriesland — Fastnacht in Schwansen — Wochenmarkt in Straßburg. — Demnächst folgen: Kanarienvogelzucht im Harz von einem Züchter — Schmuggel an der holländischen Grenze von einem Steuerbeamten — Seefischerei bei Geestemünde von einem Fachmann. — Diese Schilderungen versprechen nach und nach ein werthvolles kulturgeschichtliches Material für den Forscher und Freund der Volkssitte abzugeben. Der Kriegerbund, welcher seine Zweige bis in die verstecktesten Ecken Deutschlands hineinstreckt, ist zu einer solchen allseitigen Sammlung alter Sitten und Gebräuche, die mehr und mehr durch Eisenbahnen und Freizügigkeit absterben, wie geschaffen.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 21. März. Die „Politische Korresp." meldet:

Aus Bukarest von heute: In Folge des Antrags von 12 Mitgliedern der Oppositionspartei auf Modifikation des Kabinets im Sinne einer Vertretung aller politischen Gruppen sei eine Ministerkrisis eingetreten.

Der Reichskriegsminister Graf Bylandt-Rheydt hat sich heute mit 6wöchentlichem Urlaub nach Meran begeben.

Paris, 21. März. Der Handelsminister Tirard empfing heute die Delegirten von 18 französischen Handelskammern, welche um Aufrechthaltung der Handelsverträge baten. Der Minister erklärte, daß seine persönlichen Ansichten den von den Delegirten geäußerten Wünschen zuneigten, daß er indeß glaube, die Meinung des Kabinets in der Angelegenheit vorbehalten zu sollen.

Das katholische Journal „Union" veröffentlicht eine Note betreffend die Behufs der Einreichung von Petitionen gegen die Gesetz-Vorlagen des Unterrichts-Ministers Ferry zu treffende Organisation.

Berichtigung.

In dem Bericht über die Stadtverordneten-Versammlung vom 20. März heißt es, daß der Herr Oberbürgermeister Haken von den anwesenden Repräsentanten der Feuersozietät eine Aufklärung darüber verlangt habe, ob der Magistrat auch fernerhin die Feuersozietät umsonst verwalten solle. Daraus folgt, daß sie bisher umsonst verwaltet ist, es sind aber bisher außer den 9000 Mark noch 750 M. für die Verwaltung aus der Sozietätskasse entnommen.